
Helga Grebing

Die Gewerkschaften in der Krisenphase der Weimarer Republik

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930, war Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen.

I.

Wer 1927 oder 1928 in der Weimarer Republik lebte, gewerkschaftlich organisiert war und SPD oder Zentrum wählte, mochte sich wohl vorstellen können, daß diese Republik sich zu einem sozialen und demokratischen Volksstaat mausern könnte, in dem es sich auch für die Arbeiterklasse immer besser würde leben lassen. Die von großen Teilen der Arbeiterschaft als negativ erfahrenen Ergebnisse der Revolution 1918/19, die die Existenz der Republik immer wieder erschütternden wirtschaftlichen und politischen Krisen bis 1923 - all dies schien an prägender Kraft zu verlieren angesichts des wenn auch noch bescheidenen Aufwärtstrends. Die den sozialdemokratischen Teilen der Arbeiterbewegung historisch zugefallene politische Treuhänderschaft für die Republik schien mit sozialen Inhalten auffüllbar, die in der Arbeiterschaft Identifikation mit der Republik stifteten. Gewiß gab es immer noch die halbherzigen Vernunftrepublikaner und erst recht die aggressiven Antirepublikaner, die nicht etwa nur eine andere, sondern gar keine Republik wollten – indessen: mit der republikanisch identifizierten, von gesellschaftlicher Diskriminierung und politischer Repression befreiten Arbeiterbewegung „zog die neue Zeit“. Die lebensbejahende Aufbruchsstimmung der „Goldenen Zwanziger“ im kulturellen Weltzentrum, zu dem die Republik trotz allem geworden war mit ihrem Vor-Ort Berlin, ging auch an der Arbeiterbewegung nicht vorbei: Selbstbewußt richtete man es sich im eigenen Lager wohlicher ein. machte es ansehnlicher und freundlicher dank der erkämpften sozialen Errungenschaften, auf deren konzeptionellem Fundament der heutige Sozialstaat aufruhrt. Ein noch nie gekanntes hoffnungsgespeistes Lebensgefühl schien sich in der Arbeiterbewegung auszubreiten, wenn auch ein bißchen sozialdemokratisch kleinkariert und ein bißchen gewerkschaftlich mausgrau gekleidet: aber nun hatte man nicht nur einen Arbeitstag, sondern auch ein Wochenende:

„Sonabends um 1 Uhr komme ich nach Hause, dann wird schnell die Suppe gewärmt, die ich Freitag abend gekocht habe. Heute muß ich aber gründlich scheuern, denn die ganze Woche ist es doch nur flüchtig sauber gemacht. Nachdem wir gebadet

und Kaffee getrunken haben, geht mein Mann kassieren und dabei bin ich ihm behilflich. Er ist erster Vorsitzender vom Metallarbeiter-Verband und kassiert sonnabends einige Kollegen. Ist er damit fertig, gehen wir gemütlich nach Hause. Nach dem Abendbrot lesen wir in aller Ruhe unsere Parteipresse (Proletarier) und unsere Gewerkschaftszeitungen. Mit dem schönen Gedanken, morgen nicht arbeiten zu müssen, gehen wir zu Bett. Sonntag früh gegen halb acht Uhr wache ich gewöhnlich auf, dann wird gemütlich gefrühstückt. Nachher treffe ich die Vorbereitungen für das Mittagbrot. Heute habe ich ja Zeit, ein recht sorgfältiges Mittagessen zu bereiten. Nach dem Essen ziehen wir uns nett an und gehen spazieren. Wir besuchen dann Veranstaltungen von den Arbeitervereinen oder vom Reichsbanner, da mein Mann bei letzterem auch Mitglied ist. Kommen wir von einer solchen Veranstaltung nach Hause mit dem Bewußtsein, einer guten Sache gedient zu haben, gehen wir mit dem Vorsatz schlafen, weiter für die freien Gewerkschaften zu kämpfen, da doch die Gewerkschaften der Hauptstützpunkt der Arbeiterbewegung sind", berichtet die 30jährige Textilarbeiterin M. B. aus R. in Schi. im Herbst 1928.

Vier, fünf Jahre später, etwas mehr an Zeit, als heute eine Wahlperiode ausmacht, schien alles nur ein Traum gewesen zu sein, mit dem man die Realität verwechselt hatte: die Republik zerstört, die Arbeitsplätze kaputt, Millionen hochqualifizierter oder potentiell entsprechend qualifizierbarer Arbeiter hineingestoßen in das frühindustriellen Verhältnissen vergleichbare Elend der industriellen Reservearmee, das Lager der Arbeiterbewegung mit terroristischer Gewalt in Trümmer geschlagen - und das alles von einer politischen Gruppierung, der NSDAP, die vier, fünf Jahre zuvor, bei der Reichstagswahl von 1928, ganze 2,6 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Es war ein Sturz aus der gerade wieder erworbenen relativen Normalität eines endlich auch für den Proletarier berechenbar werdenden Lebensablaufs in eine Katastrophe, deren politische, ökonomische und moralische Folgen bis heute in all ihren Dimensionen kaum erfaßbar erscheinen.

II.

Bereits vor der großen Weltwirtschaftskrise, die dann binnen weniger Monate zu einer umfassenden Gesellschafts- und Staatskrise wucherte, hatten die Unternehmer zum Jagen auf den zum „Gewerkschaftsstaat“ herabstilisierten sozialen Volksstaat geblasen. Das indirekte Votum der Gewerkschaften gegen die Wetterführung der Großen Koalition durch die Sozialdemokraten und unter sozialdemokratischer Führung im März 1930 als Antwort auf dieses Signal war kein interessenpolitisch motiviertes Versagen gegenüber den staatspolitischen Notwendigkeiten, sondern lag in der Konsequenz der übernommenen gesellschaftspolitischen Verantwortung für die Republik und ihre soziale Trägerschaft. Nur: Auf diese Kraftprobe folgte, wie übrigens schon 1920 nach dem Kapp-Putsch, nichts - weder wurde das gesellschaftspolitische Gewicht der Gewerkschaften geltend gemacht gegenüber den Präsidialkabinetten Brü-

nings, noch eine alternative Perspektive entwickelt, die den Kampf gegen die Krise mit dem Kampf für die Wirtschaftsdemokratie verbunden hätte. Stattdessen sahen sich die Gewerkschaften nach den Wahlen vom September 1930. bei denen die Nationalsozialisten auf 18,3 Prozent der Stimmen hochgeschwungen waren, zu einer Tolerierung der Tolerierungspolitik gezwungen, zu einer Politik also, die die Last der Krisenfolgen immer schwergewichtiger auf diejenigen abwälzte, deren Interessen die Gewerkschaften zu vertreten versprochen. Folglich wurde die Massenlegitimierung für die Gewerkschaften immer schwächer, zumal zwar rhetorisch den Arbeitslosen Solidarität versprochen, sie aber faktisch nicht gewährt wurde oder werden konnte. Als eine weitere Folge der Tolerierung stellte sich eine zunehmende „Staatsferne“ der Gewerkschaften heraus, ein Mangel an Transportmöglichkeiten für wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in die politischen Willensbildungsprozesse. Diese Sachlage stellte sich als geradezu handlungs lähmend für die Gewerkschaften heraus, als diese 1931/32 mit der SPD um die Übernahme des WTB-Planes rangen: Durch öffentliche Arbeiten mit einem Finanzvolumen von 2 Millionen Reichsmark sollten eine Million Arbeitslose in den Produktionsprozeß eingegliedert werden; die Finanzierungssumme sollte durch eine Ausweitung des staatlichen Kreditrahmens aufgebracht werden, also durch eine höhere Staatsverschuldung. Von diesen seinerzeit unkonventionellen Vorschlägen kann niemand sagen, ob sie, die ohnehin nur auch nach dem Verständnis ihrer Protagonisten den Charakter einer Initialzündung zur Belebung der Wirtschaft haben konnten, wirklich gegriffen hätten (ähnliche Maßnahmen in anderen krisenbetroffenen kapitalistischen Ländern würden dafür sprechen); gewiß aber ist, daß die Verwirklichung dieser Vorschläge das Zeichen für ein Ausbrechen aus der scheinbaren Zwangsläufigkeit der Entwicklung hätte sein können. Die SPD versagte sich den Vorschlägen der Gewerkschaften aus mehreren Gründen: die Vorstellungen erschienen ihren politisch-ökonomischen Sprechern als zu kapitalismusimmanent und systemstabilisierend; da von ihnen die strukturellen Faktoren der Krise gegenüber den konjunkturellen unterbewertet wurden, fürchtete man, daß durch die vorgeschlagenen Maßnahmen die Gefahr einer Inflation heraufbeschworen würde, die den erwarteten konjunkturellen Aufschwung verzögern könnte. Als schließlich im Spätsommer 1932 von der Sozialdemokratie Gesetzesvorlagen in den Reichstag eingebracht wurden, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in ein Konzept des Umbaus der kapitalistischen Privat- in eine sozialistische Planwirtschaft einbetteten, war dies in der gegebenen Situation nur noch fürs Schaufenster.

Die Diskussionen zwischen Gewerkschaften und SPD um die richtige wirtschafts- und sozialpolitische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise hatte einen Entfremdungsprozeß zwischen den beiden historischen Partnern in Gang gesetzt, der zunächst noch politisch zugedeckt wurde durch die gleichlautende

und gleichgerichtete Resonanz auf den Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen gegen Preußen, nämlich: keinen Generalstreik auszurufen. Offensichtlich hat die wachsende Sorge nicht mehr bloß um die Schlagkraft, sondern auch schon um die Existenzfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen - im Juli 1932 waren 44,4 Prozent der in den freien Gewerkschaften Organisierten arbeitslos, 22,3 Prozent standen in Kurzarbeit - die Gewerkschaftsführung nicht nur in den folgenden Monaten bis zum 30. Januar 1933 in ihrer Haltung, einen Generalstreik nicht verantworten zu können, bestärkt, sondern sie zusätzlich auch noch eine Tendenz verfolgen lassen, die man als eine beabsichtigte parteipolitische Neutralisierung bezeichnen kann. Einmal in den Sog der Selbstauflösung historisch dominanter Orientierungsmuster geraten, begab man sich auf scheinbar neue Pfade, je deutlicher wurde, daß die Republik in ihrer demokratisch-emanzipatorischen Substanz nicht unversehrt würde erhalten bleiben können. Das nur scheinbar Neue war eine Bündelung von sogenannten kriegssozialistischen Reminiszenzen und korporativistischen Vorstellungshorizonten, wie sie im Rahmen der Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft 1918 aufgekommen waren, mit - hier und da eher als Versuchsballons gestarteten - Berufungen auf den korporativ-ständestaatlichen Charakter des italienischen Faschismus. Welches Gewicht man solchem „Umbau“ der Orientierungen auch immer beimessen kann, muß wohl offen bleiben. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß dadurch bisher fest geschlossene Schranken geöffnet wurden: da gab es Annäherungen an Überlegungen zur Tolerierung eines autoritären Präsidialkabinetts unter Schleicher, da stellte man sich Übereinstimmungen in der Bewertung verschiedener sozialpolitischer Maßnahmen mit dem linken (Strasser-)Flügel der NSDAP vor.

Als die Republik nicht mehr zu retten und die Machtübernahme durch Hitler nicht mehr zu verhindern war, weder durch einen Generalstreik, falls es ihn überhaupt noch hätte geben können, noch durch einen konzentrierten Widerstandsversuch der „Eisernen Front“, hat man dennoch in wenig verantwortlicher, stark illusionärer Weise den Mitgliedern und sich selber vorgemacht, man müsse nur auf den Knopf drücken, und dann würde es losgehen können mit dem Widerstand. Die nächsten Schritte waren, nach innen gerichtet, Durchhalteparolen und - an die Adresse der neuen Machthaber gerichtet - Be schwörungsformeln, schon unter dem Eindruck der ersten Gewaltaktionen gegen die Gewerkschaften; dem folgte oder lief parallel noch einmal ein Schub im Abbau tradierter Orientierungsmuster und Verhaltensweisen mit den bekannten Reaktionen, in denen fast alles zur Disposition gestellt wurde: „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.“ „Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen.“ So die Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbun-

des vom 21. März 1933. In einer Erklärung vom 15. April 1933 wurde es vom Bundesvorstand des ADGB begrüßt, daß die neue Reichsregierung den 1. Mai, „diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag“ erklärt habe; am 19. April 1933 wurden die Mitglieder vom Bundesausschuß aufgefordert, „im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen“.

Die Reaktionen der Mitglieder am 1. Mai 1933 waren heterogen: demonstratives oder vordergründig belegtes Wegbleiben, trotziges oder verlegenes Mitlaufen, weil es die alten Führer doch empfohlen hatten, weil es doch eigentlich „unser Tag“ war. Weil man zum Mitgehen gezwungen wurde oder fürchtete, es zu werden; aber auch bewußtes Widerstehen, verkappte, doch noch erkennbar bleibende alternative Maifeiern. Und dann überall das gleiche Ende: am sonnigen Morgen des 2. Mai 1933, einem Dienstag, Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Verhaftung der Funktionäre, Freitag kein Einzelfall. Die letzte Chance für einen wenigstens die Nachwelt beeindruckenden Abtritt von der historischen Bühne – die Selbstauflösung – war nun auch noch vertan.

III.

Über die Bewertung des Verhaltens der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik gibt es - entgegen dem Schein - nur vordergründig Streit; wohl aber sind die Erklärungen für dieses Verhalten unterschiedlich bis gegen sätzlich. Die Diskussion erhält seit Jahren immer wieder neuen Stoff durch die ausdrücklichen Bekundungen der Zeitzeugen, daß sie bereit gewesen seien zum Widerstand gegen die Zerstörung der Republik und gegen die Machtübernahme durch Hitler: bestimmt am 20. Juli 1932, ja auch noch am oder um den 30. Januar 1933 und in den Wochen danach, in denen es nur noch um eine „eh renvolle Niederlage“ hätte gehen können; aber sie erhielten kein „Signal von oben“, fühlten sich abgewiegelt und sahen sich am Widerstand gehindert. Nach Julius Leber, Wilhelm Hoegner, Fritz Sängler, Heinz Kühn, (mit Einschränkungen) Willy Brandt und - um Männer aus der Gewerkschaftsbewegung zu nennen - nach Max Diamant, Karl van Berk, Hans Mugrauer und Adam Wolfram hat kürzlich Alex Möller sich sehr entschieden und unzweideutig erklärt:

„Keiner der am Widerstand Gehinderten konnte wissen, ob Aktionen gegen die Feinde der parlamentarischen Demokratie Erfolg haben würden. Niemand war in der Lage, die später durch Hitler ausgelöste Katastrophe mit ihren fürchterlichen, bis zum millionenfachen Menschenmord führenden Konsequenzen vorauszusehen. Trotzdem bleibe ich dabei: Der Versuch hätte damals vor der totalen Machtergreifung gewagt werden müssen. (...) Wenn wir im rechten Augenblick gehandelt hät-

ten, wäre nie der Vorwurf erhoben worden, die Deutschen seien zu feige gewesen, das Äußerste zu versuchen, um ein Weltunglück zu verhindern. Vielleicht wäre eine solche kühne Tat gelungen. Unser Gewissen brauchte sich dann zu seiner Entlastung nicht mehr auf die ‚Tragödien der Geschichte‘ zu berufen.“ (Tatort Politik. München 1982, S. 242)

Die Geschichtsschreibung ist diesem Zeitzeugen-Urteil überwiegend zu nächst gefolgt bzw. hat sich in den eigenen Bewertungen bestätigt gefunden, wobei die Ursachen für diese Übereinstimmungen auf Seiten der Historiker unterschiedlich sind: sie reichen von der nach-erlebten Enttäuschung über die Nichteinlösung des Versprechens aller Teile der Arbeiterbewegung, den Faschismus an der Macht in Deutschland zu verhindern, bis zur Belastung der Arbeiterbewegung mit dem Scheitern der Republik, was - so gemeint oder auch nicht - auf eine Entlastung derjenigen hinausläuft, die als die konservativen und nationalistischen Gegner der Republik zu kennzeichnen sind.

Seit einiger Zeit beginnt jedoch unter Historikern eine Auffassung mehr an Raum zu gewinnen, die sich freilich nicht auf eine so kraftvoll vorgetragene Rechenschaft ablegende Zeitzeugenschaft berufen kann. Immerhin haben Josef Felder sowie die kürzlich verstorbenen Wilhelm Gefeller und Rudolf Herbig auf die demoralisierenden, die lokale Basis der Arbeiterbewegung schwächen den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hingewiesen, und Herbig insbesondere erscheint nach der Durchmusterung der Lage in den traditionell gut organisierten Berufs- und Industriegruppen (Grad der Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Baugewerksbundes im Januar 1933 90,5 Prozent, der Verbände der Maler 90,1 Prozent, der Zimmerer 91,1 Prozent, der Steinarbeiter 84,2 Prozent, der Metallarbeitergewerkschaft ca. 50 Prozent, die Werftindustrie lag fast völlig still) „die in der Geschichtsschreibung oft wiederkehrende These von der Möglichkeit des Generalstreiks“ entweder nach dem 20. Juli 1932 oder spätestens am 30. Januar 1933 „wenig überzeugend“: „Daß angesichts einer solchen organisatorischen Lage von einer Reihe von Historikern von einem möglichen Generalstreik gegen Hitler gesprochen werden kann, erscheint mir unrealistisch.“ (Nationalsozialismus in den Unterweserorten. Bremerhaven 1983, S. 35f.)

Solche Denkanstöße lassen sich mit Überlegungen verknüpfen über die Stärke und die Schlagkraft der anderen Seite. NSDAP und SA, und deren provozierendes Verhalten gegenüber der Arbeiterbewegung, um diese dazu zu bringen, selbst den Anstoß zu ihrer Niederschlagung zu geben, über die Absichten der Reichswehr und die schon vor dem 20. Juli 1932 beobachtbare Brüchigkeit des „Bollwerks Preußen“ - das Kabinett Braun war nur noch eine Minderheitsregierung, die Zuverlässigkeit der preußischen Schutzpolizei nicht mehr unumstritten. Mit dem Ergebnis einer solchen Situations- und Kräfte-

lations-Analyse konfrontiert, erscheint die Warnung vor einer retrospektiven Generalstreik-Romantik in der Tat angebracht. Aber auch wer unter den Historikern der Arbeiterbewegung die Möglichkeit eines Widerstandes gegen die Machtübernahme Hitlers bestreiten zu müssen glaubt, der meint ja damit nicht gleichzeitig, daß ein solcher Widerstand nicht wünschenswert gewesen wäre; ebensowenig ist mit einer solchen Interpretation eine nachträgliche Rechtfertigungsabsicht verbunden, ganz und gar nicht liegt in ihr auch nur ein Funken von Verständnis für die illusionäre Politik der einschleichenden Anpassung an das neue „Staatsregime“.

Nimmt man alle Dimensionen der historiographischen Diskussion samt Zeitzeugenvoten zusammen, dann könnte wohl als gemeinsamer (und keineswegs kleinster) Nenner gelten, was Wolfgang Abendroth 1954 (in: Die Deutschen Gewerkschaften. Ihre Geschichte und politischen Funktionen, S. 33f.) als sein seinerzeitiges historiographisches Fazit vorgetragen hat:

„Der ADGB und die freien Gewerkschaften hatten zwar die Gefahr erkannt und sich in der Eisernen Front mit anderen republikanischen Kräften in einem Block verbunden. Sie konnten sich aber nicht mehr entschließen, wie 1920 die Massen zum Kampf aufzurufen, die - mindestens zum Teil - sehnlichst auf diesen Aufruf gewartet haben. Zweifellos wäre der Ausgang eines Kampfes, der zum Bürgerkrieg geführt hätte, sowohl am 20. Juli 1932, wie am Tage der Machtübergabe an Hitler, am 30. Januar 1933, und erst recht am Tage des ersten großen kriminellen Verbrechens der Hitler-Regierung, am Tage des Reichstagsbrandes, mehr als zweifelhaft gewesen. Es war in den letzten Stadien dieses Todeskampfes des Weimarer Staates kaum noch möglich, auf einen Erfolg zu hoffen. Die politische Demokratie war gescheitert, weil sie nicht zur sozialen und wirtschaftlichen Demokratie erweitert worden war. In dieser Situation hatten abermals viele Gewerkschaftsführer die Illusion, es sei besser, alles daran zu setzen, die Legalität der Organisationen - und sei es durch Anpassung an widrige Verhältnisse - zu erhalten, als nach einem kaum aussichtsreichen Kampf, der nur noch Tradition und Ansehen der Bewegung retten konnte, den Sprung in das Dunkel illegaler Existenz zu wagen.“

IV.

Was geschehen ist, wissen wir nun, auch wie es geschehen ist, aber wir wissen noch nicht, warum es genau so geschehen ist, wie es geschah. Als zu simpel erweisen sich personalisierte Schuldsprüche für die Führer. Gewiß - sie trugen die Verantwortung, zu deren Übernahme sie niemand gedrängt hatte. Dennoch fällt es auf, daß gemessen an der Schärfe der Kritik an den Führern, die „am Widerstand Gehinderten“ sehr viel weniger kritisch betrachtet werden (wenn überhaupt) angesichts ihrer Berufung auf die Führer, die sie ohne Signal gelassen hätten. Fragt man nach, warum sie nicht selbständiger gehandelt hätten, dann kommt der Hinweis auf die in der Arbeiterbewegung herrschende selbstverständliche Disziplin. Es wäre aber ganz und gar unangemessen, dar-

aus den Schluß zu ziehen, Führer und Anhänger seien eben (im negativen Sinne) einander wert gewesen.

Aber es kennzeichnete sie die gleiche Milieu-Gebundenheit, die gleiche Lagermentalität und der gleiche Erfahrungshorizont. Es bestand zwischen ihnen eine Typ-Ähnlichkeit: der anständige, gutmütige, fachlich hoch qualifizierte, auf die konkreten Inhalte der industriellen Welt bezogen auch gebildete, selbstbewußte bis selbstherrliche, kritikempfindliche Arbeiter-Funktionär war zum Leitbild und „Karriermuster“ geworden. Es war selbstverständlich, daß die Führung die Aktionen zu koordinieren hatte, und wildes Denken und Handeln waren verpönt; denn auf der Einheit der Aktionen beruhten die Erfolge und das Ansehen der Gewerkschaften. Diese Einsicht schloß nicht die selbstbewußte, manchmal schon selbstgefällige Überzeugtheit von der alleinigen Kompetenz vor Ort aus. Übersetzt in die Krisenjahre der Weimarer Republik hieß das: die großen Linien der Widerstandsaktionen hatte die Gewerkschaftsspitze anzugeben, vor Ort, in den eigenen überschaubaren Räumen würde es dann schon laufen.

Daß nichts lief, lag auch daran, daß sich im Lager der Arbeiterbewegung schon lange vor den Krisenmonaten 1932/33 Auflösungserscheinungen bemerkbar machten. Nicht von ungefähr hatte Karl Kautsky zwei Tage vor der Katastrophenwahl vom September 1930 in einem „Mahnruf im „Vorwärts““ daran erinnert, daß es ein schwerer Irrtum wäre zu glauben, daß nur die besitzenden Klassen an der „ungeheuren Wichtigkeit des regelmäßigen Ablaufes des Produktionsprozesses“ interessiert seien; eine schwere Krise und eine lan ge dauernde Erwerbslosigkeit werde die Arbeiter aufs härteste treffen und nicht nur ihre wirtschaftlichen, sondern auch ihre politischen Positionen schwächen, auch - so ist zu ergänzen - ihre sozialmoralischen. Und in diesem Zusammenhang muß zukünftig auf die Tabuisierung eines schmerzhaften Tatbestandes verzichtet werden: nicht nur die Gewerkschaftsspitzen in Berlin haben sich angepaßt, auch anderswo und nicht nur im ADGB oder in den christlich-nationalen Gewerkschaften, selbst auf der lokalen Ebene des als links sozialistisch geltenden Afa-Bundes gab es ähnliche Tendenzen nach dem 30. Januar 1933. Und es gab auch zumindest mit der Last der Krise und erst recht nach dem 30. Januar 1933 unter den Arbeitern Lagerwechsel, und die Lektion ist noch zu lernen, daß die Zugehörigkeit zum „proletarischen Lager“ nicht automatisch immunisierte gegen die Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus.

Dennoch gab es, wie immer wieder bezeugt wird, eine ungeheure Widerstandsbereitschaft; ob auch Befähigung zum Durchhalten eines Bürgerkriegs, mag dahingestellt bleiben. Die verstreuten Hinweise der Zeitzeugen auf ihre

fehlende bis unzulängliche Bewaffnung ermutigen den Nachbetrachter nicht zu einer positiven Beurteilung der Chancen. Doch die Frage nach der Befähigung zum Durchhalten eines Bürgerkrieges hat noch eine andere, viel tieferreichende Dimension. Man wirft heute vielfach der deutschen, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor, daß sie sich nicht habe entschließen können, der Gewalt der Nationalsozialisten mit der adäquaten Gegengewalt zu begegnen. Wer so spricht, zeigt bloß seine Unkenntnis der Traditionen der Arbeiterbewegung: Aufklärung, Überzeugungsarbeit, Appelle an das Gute im Menschen (und nicht an den inneren Schweinehund in ihm), keine Anwendung von Gewalt, auch nicht: sich mit Gewalt die Gewalt des Gegners auf zwingen zu lassen, das gehörte zur sozialen und politischen Moral der deutschen Arbeiterbewegung wie auch die Beharrung auf dem Legalitätsprinzip gegenüber dem Gewaltmonopol des Staates. Beides - die Ablehnung von Gewalt (prinzipiell auch revolutionärer) als Mittel der Politik und die Beharrung auf dem Prinzip der Legalität - machte die Arbeiterbewegung zu einem ungleichen, benachteiligten Gegner des Nationalsozialismus. Aber daß humane Prinzipien und auf ihnen beruhende soziale Bewegungen in bestimmten historischen Lagen nicht erfolgreich sein können, besagt ja nicht, daß diese Prinzipien falsch sind.

Zur strukturellen Handlungsschwäche vor allem der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik gehörte auch eine Art gegenseitiger Handlungs-lähmung von Führung und Anhängern, die sich darin ausdrückte, daß-wie er wähnt - die Anhänger auf das „Signal von oben“ warteten und die Führung sich Anstöße von unten erhoffte - gewissermaßen um die Verantwortung zu teilen. Als nur noch Durchhalteparolen „von oben“ kamen - wider besseres Wissen und diese „unten“ auch so akzeptiert wurden, ebenfalls wider besseres Wissen - funktionierte bald nichts mehr, was sonst selbstverständlich war: es gab die simpelsten Kommunikationsprobleme, die „Massen“ der Arbeiterbewegung, „kollektiv gerichtete Willenskeile“, „Springfluten der Geschichte“, wie Alfred Andersch sie in „Die Kirschen der Freiheit“ nannte, zerfielen in handlungsgehemmte Segmente, lösten sich in vereinzelte Subjekte auf. Andersch verdichtet in einer knappen Schilderung die ganze Problematik des Signalgebens und -empfangens: Als am 9. März 1933 in München das Gewerkschaftshaus von der SA besetzt wurde, standen die Arbeiter stundenlang schweigend bis zum Ran de des Trottoirs - die Fahrbahn ließen sie frei für die SA-Kolonnen -, auf irgend etwas schienen sie zu warten. Unter ihnen der damals 18jährige Andersch. Organisationsleiter des Kommunistischen Jugendverbandes in Südbayern. Der Motorradunfall eines SA-Mannes schien die Situation des stundenlangen schweigenden Stillhaltens zu verändern. Andersch spürte:

„Dies wäre der Augenblick des Aufstandes gewesen, der Deutschland vielleicht ein anderes Gesicht gegeben hätte. Ich stand, die Arme an den Körper gepreßt, und fühlte, wie sich meine Hände zu Fäusten ballten. Jetzt eine kleine Bewegung nur, ein einziger Schrei, und alles käme in Gang: der prasselnde Regen von hundert Fäusten auf den Mann, der Sturm auf zum besetzten Haus, das Knattern von Gewehrsalven, zusammenbrechende Körper, das Klirren von Fensterscheiben, die Eroberung, der Sieg, die Tat. Sicherlich, es wäre nur ein kleiner Sieg gewesen, eine rasch verwehen de Tat, morgen ausgelöscht im Orkan der Niederlage - aber er hätte genügt, hätte den Staatsstreich in ein für alle sichtbares Blutbad verwandelt und den Schein der ‚Ordnung‘ zerstört. Aber ich stieß den Schrei nicht aus. Niemand.“

Die retrospektive Selbstkritik, die gemessen am Selbstanspruch unum gänglich ist, sollte nicht masochistisch überzogen werden und zum Alibi für diejenigen umfunktioniert werden können, die von ihrer eigenen Verantwortung für das Ende der ersten deutschen Republik und von ihrem entscheiden den Beitrag zur Machtübertragung an Hitler ablenken wollen und sich - wie neulich in der „Welt“ unter der Überschrift „Wir hatten stillschweigend kapituliert“ - auf die Selbstanklagen der Zeitzeugen der Arbeiterbewegung als Berufungsmöglichkeit geradezu stürzen. Denn es gab in der zerfallenen und zerschlagenen Arbeiterbewegung viele Zeichen eines würdigen, opferreichen Widerstehens in den letzten bürgerkriegähnlichen Monaten der Republik und in der ersten bereits von Terror gekennzeichneten Zeit des „Dritten Reiches“. Demgegenüber kann - hierin ist der Dokumentation der DGB-Jugend „50 Jahre Machtergreifung“ zuzustimmen - „bei allem Verständnis für die äußerst schwierige Situation, in der sich die deutsche Gewerkschaftsführung nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten befand“, „uns heute jedoch der von ihr eingeschlagene Kurs kaum noch verständlich erscheinen“ (S. 21). Erklären kann man sich noch das Kalkül, die Organisationen, auf denen die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften beruhte, erhalten zu wollen; als diese Organisationen von den Gewerkschaftsführern selbst dem neuen Regime zur Disposition gestellt worden waren, da blieb wohl nur noch die Vorstellung übrig - wie eine wohlwollende Interpretation gerade noch einräumen könnte -, man könnte durch Anpassung die Mitglieder und Funktionäre, die schon verfolgt wurden oder in der Gefahr standen, verfolgt zu werden, irgendwie schützen. Man konnte nicht. Aber das durch Generationen in harten Klassenkämpfen gewachsene Selbstbewußtsein, das die Arbeiterbewegung gegenüber dem Bürgertum unverwechselbar gemacht hatte - man hatte es verschenkt und ruiniert.

V.

Die Lehren aus der Geschichte, die sich Historiker oft zu ziehen scheuen, weil sie sich vor voreiligen Analogieschlüssen hüten möchten, sind in dem Fall, über den hier zu berichten war, relativ leicht zu erkennen:

1. Krisen im Maßstab der seinerzeitigen Weltwirtschaftskrise löschen Handlungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften fast völlig aus, machen ihre Waffen - Organisationsmacht und Arbeitskampf - stumpf. Das relative und labile Gleichgewicht der Klassenkräfte, das in normalen Zeiten herstellbar er scheint, verrutscht in Krisenzeiten in ein eklatantes Ungleichgewicht zu ungunsten der Gewerkschaften. Krisenerklärungs- und -vermeidungsstrategien müssen daher zur Vorsorgearbeit der Gewerkschaften bereits in Zeiten normaler politisch-ökonomischer Abläufe gehören.

2. Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur stabile Organisationsmacht, sondern sind auch rechtsstaatliche Bedingungen; diese Lehre aus ihrer eigenen Geschichte nicht gezogen zu haben, ist das entscheidende Versäumnis der gewerkschaftlichen Führungsspitze in den letzten Jahren der Weimarer Republik gewesen.

3. Solange rechtsstaatliche Bedingungen bestehen und sie auf beiden Seiten eingehalten werden, kann es für den konsequenten Einsatz des eigenen Gewichtes in die Waagschale des politischen Geschehens offensichtlich nie zu früh, aber oft genug zu spät sein. Dabei geht es heute nicht einmal so sehr um die offensive Auseinandersetzung mit der Rechtsradikalisierung sozialer Gruppen - die ist selbstverständlich; diese Auseinandersetzung darf aber nicht zum Alibi dafür werden, daß die Veränderungen des politisch-kulturellen Klimas in der Bundesrepublik in die Richtung eines kleinbürgerlich gefleckten, technokratisch versierten Konservatismus nur unzureichend zur Kenntnis genommen werden, weil die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sich selbst nicht frei machen können von einem mittelstandsmuffigen Kulturkonservatismus.

4. Bedingung für die Handlungsfähigkeit in der Zukunft ist die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit: sie stellt eine große Klammer dar, sie beruht auf einem breiten offenen Konsens, sie erfordert aber auch die Anstrengung der „sozialen Disziplin“, ohne die soziale Bewegungen sich als gesellschaftsutopische Animateure verbrauchen.

So gesehen könnten der 30. Januar, der 27. Februar, der 23. März und der 1./2. Mai des Jahres 1933 uns allen keine vergeblichen Lehren erteilen.*

* Die Verfasserin hat sich für diesen Beitrag vielfach auf die Überlegungen ihrer Kollegen Gerhard Beier, Ulrich Borsdorf, Hans Mommsen, Michael Schneider, Klaus Schönhoven, Henryk Skrzypczak und Hans-Josef Steinberg in deren einschlägigen Veröffentlichungen beziehen können. Hier sei nur ver wiesen auf die Diskussionen und Beiträge in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Köln 1975; ders. (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München. Köln 1980; ferner: Gewerkschaftliche Monatshefte 7. 1975. und 8. 1982. - Die Verfasserin selbst hat einige der hier vorgetragenen Überlegungen ausführlicher behandelt in dem Beitrag: Flucht vor Hitler? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament. Heft 4/5, 1983 (29.1.1983) bzw. Festschrift für Shlomo Na'aman. Veröffentlichungen des Karl-Marx-Hauses. Trier 1983.